

Vorbemerkung

Die GEW begrüßt ausdrücklich, dass die Struktur der Oberstufe überdacht und überarbeitet wird. Statt einer Neujustierung halten wir die Beendigung der Profiloberstufe, die ihren Namen nie erfüllt hat, für überfällig. Wir fordern Strukturen für eine flexible Oberstufe, die Schüler*innen das Lernen und das Ablegen des „Abiturs im eigenen Takt“¹ ermöglicht. Die Praxis zeigt, dass es in der Oberstufe im jetzigen System kaum möglich ist, den Schüler*innen in ihrer individuellen Entwicklung gerecht zu werden.

Wenn dem Bildungsministerium an einer erfolgreichen Implementierung der Reform gelegen ist, mit der die damit gewünschten Ziele auch erreicht werden, ist es zwingend notwendig, nicht nur die Mehrkosten für die vorgesehene Kursstruktur als notwendige Bedingung für das Inkrafttreten der Verordnung zu machen, sondern ebenfalls die o.g. **personellen und materiellen Ressourcen mit in den Finanzierungsvorbehalt** aufzunehmen! Mit der angestrebten neuen Oberstufe müssen mehr Ressourcen in die Oberstufe gegeben werden, um Kursgrößen reduzieren **und Zwei-Wege-Kurse vermeiden zu können**. Binnendifferenzierung darf nicht zum Deckmantel für Sparmaßnahmen werden! **Keinesfalls darf es zu einer Umsetzung der geplanten Veränderungen auf den Schultern der Lehrkräfte kommen, wenn mit der Entscheidung über den Haushalt 2021 die Mittel für die neue OAPVO nicht oder nur in Teilen zur Verfügung gestellt werden.**

Anzahl der Fächer auf erhöhtem Niveau

Wir begrüßen die Entscheidung, in Zukunft **weniger Fächer/Bereiche bei erhöhter Stundenzahl (erhöhtes Anforderungsniveau 5-stdg.)** fachlich zu vertiefen. Die Schulpraxis hat deutlich gemacht, dass die bisherige Vertiefung in vier Fächern auf erhöhtem Niveau (Deutsch, fortgeführte Fremdsprache, Mathematik, Profilfach auf eA) kaum Zeit für fächerübergreifendes Lernen, Projekt- oder projektartiges Arbeiten und selbstständige individuelle Arbeitsorganisation der Schüler*innen lässt. Gerade diese letzten drei Punkte sehen wir jedoch als äußerst notwendig an, um jungen Menschen die Möglichkeiten und Herausforderungen zu bieten, sich zu selbstbewussten und selbständigen Menschen zu entwickeln. Schule muss auch Räume dafür schaffen, damit sie sich darin üben, vielfältige und kreative

¹Das Modell des „Abitur im eigenen Takt“ hält die GEW für einen wertvollen Denkanstoß für bildungspolitische Entwicklungen in der gymnasialen Oberstufe. Vgl.: Stöffler, Friedemann/Fötsch, Matthias (Hg.): Abitur im eigenen Takt. Die flexible Oberstufe zwischen G8 und G9. Weinheim 2014.

Lösungsmöglichkeiten zu erdenken und sich so auf die komplexen Anforderungen unserer Welt vorzubereiten und studierfähig zu werden.

Die GEW sieht in der Einführung der „Neuen gymnasialen Oberstufe“ im Jahre 1972 einen wichtigen Schritt zu einer emanzipatorischen Bildung und hält die erfolgte Zurücknahme zentraler Teile für falsch. Eine Gleichwertigkeit der Fächer, das Kurssystem mit Grund- und Leistungskursen und individuelle Profilierung durch größere Freiheit bei der Kurswahl halten wir weiterhin für sinnvoll. Wir würden daher in einer neuen Oberstufe **zwei Fächer (z. B. ein „Profilmfach“ und ein „Kernfach“)** auf erhöhtem Niveau zum Pflichtunterricht machen und im Gegenzug den Anspruch an das fächerübergreifende Lernen qualitativ hochhalten, z. B. in der Struktur einer „Aufbaustufe“.

Duell der ästhetischen und gesellschaftswissenschaftlichen Fächer

Den Plänen für die neue OAPVO entnehmen wir, dass nicht mehr nur die ästhetischen, sondern auch die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer gegeneinander ausgespielt werden. Beides halten wir für falsch. Die Schüler*innen müssen in der Q1 zwischen den Fächern Geographie und Wirtschaft/Politik wählen. Dies hat zur Folge, dass zentrale gesellschaftliche Fragestellungen, wie z.B. Migration und Klimawandel (Geographie) oder die Bedeutung, Funktionsweise und Zukunft der Europäischen Union bzw. zentrale volkswirtschaftliche Grundkenntnisse (WiPo) schlichtweg nicht mehr allen Schüler*innen vermittelt werden. In einer Zeit, die von postfaktischem Denken, der Leugnung des

Klimawandels sowie generell populistischen Tendenzen beeinflusst ist, halten wir es für den Erhalt einer lebendigen Demokratie für unverzichtbar, dass diese Inhalte kritisch, reflektiert und meinungsbildend jedem/r Schüler*in vermittelt werden. **Sowohl Geographie, als auch WiPo sollten daher unbedingt für alle Schüler*innen obligatorisch sein! Bei einer Strukturreform mit Wechsel auf zwei Fächer mit erhöhtem Niveau wäre dies problemlos abbildbar.**

Interdisziplinäres Arbeiten

Wir halten es für richtig, in der Oberstufe Unterrichtszeit für das interdisziplinäre Arbeiten zu implementieren. Um die Hürden für die konzeptuelle Erarbeitung des Seminarfachs möglichst gering zu hal-

ten, fordern wir hier allerdings **noch klarere Strukturen für ein solches anspruchsvolles fächerübergreifendes und projektartiges Lernen**, als es bisher im Entwurf angelegt ist. Prinzipiell begrüßen wir den Handlungsspielraum für Lehrkräfte. Wir erwarten jedoch auch Vorschläge und Beispiele von Seiten des Ministeriums, die Oberstufenleitungen und Lehrkräften bei der Gestaltung der Profilseminare unterstützen und eine Orientierung bieten. Es zeigt sich, dass das interdisziplinäre Seminar zwar gut gedacht ist, aber organisatorisch kaum vorbereitet ist.

Keine Gerechtigkeit durch das Zentralabitur

Schüler*innen und Eltern wünschen sich immer wieder mehr Gerechtigkeit im Bildungssystem. Die **Vergleichbarkeit der Abiturleistungen** kann jedoch erfahrungsgemäß **nicht durch zentrale Abiturtermine und zentrale Abituraufgaben** entstehen, **solange die Voraussetzungen zur Bewältigung des Abiturs an die regional verschiedenen Bedingungen** geknüpft sind. Die bundesweiten zentralen Abiturprüfungen haben nach Auffassung der GEW nicht zur gewünschten Vergleichbarkeit, zur inhaltlichen Qualitätssicherung der Prüfungsvorbereitung und der Prüfungsergebnisse geführt, sondern belasten die Schulen durch einen hohen bürokratischen Aufwand. Das Zentralabitur führt zu unnötigen zeitlichen Einengungen und zu einem sogenannten „teaching to the test“. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass die **Mehrheit der Bundesländer zwei Fächer auf eA anstreben**. Wenn also bundesweite Vergleichbarkeit angestrebt wird, hätte ein Ziel der „Neujustierung“ sein müssen, die Oberstufe in Schleswig-Holstein mit zwei Schwerpunktfächern einzurichten.

*Interessen der Schüler*innen und Lehrkräfte stärker berücksichtigen – Kursgrößen senken – Zwei-Wege-Kompromisse vermeiden*

Das Begabungsprofil, die Bildungsziele und -neigungen der Schüler*innen müssen wieder die Grundlage für unterschiedliche Belegungen in der Oberstufe werden. Die GEW hält dabei eine größtmögliche, allerdings nicht beliebige Wahlfreiheit (s. Punkt 2) für erstrebenswert. Keinesfalls darf es zu einer Einsparung von Ressourcen zum Nachteil dieser Prämissen kommen. Die angedachten Lösungen in Form von **schulübergreifenden Kursen, Blended-Learning-Einheiten oder „Zwei-Wege-Kursen“** sind **unpraktikabel und organisatorisch mit zahlreichen Schwierigkeiten verbunden**. Zudem ist absehbar, dass komplexer und anspruchsvoller Unterricht sowohl fachlich wie auch pädagogisch und methodisch

unter diesen Kompromisslösungen leidet: **Schulübergreifende Kurse stellen für viele Schulstandorte gar keine Option dar.**

Blended-Learning-Einheiten lehnt die GEW zu diesem Zeitpunkt ab. Digitale Methoden dürfen nicht dem Selbstzweck dienen, mediale Werkzeuge sollten den Unterricht bereichern, sie können die Lehrkraft als Menschen nicht ersetzen. Vor der Einführung müssen die Methode - wie andere Methoden auch - pilotiert, erprobt und gründlich evaluiert werden.

„Zwei-Wege-Kurse“ erfordern eine doppelte Vorbereitungszeit der Lehrkräfte und halbieren die Zeit der konkreten, passgenauen Lehrer-Schüler-Interaktion. Diese Unterrichtsstruktur droht die Unterrichtsqualität zu beeinträchtigen. Dieses Prinzip sollte nur im äußersten Notfall (und so sollte es in der VO formuliert sein!) angewendet werden können. **Wir lehnen eine Regelung, die „Zwei-Wege-Kurse“ zur gängigen Lösung macht, ab.** Kleine Kursgrößen müssen möglich sein. Kleine Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit Oberstufen benötigen Extra-Ressourcen! Hier wird Differenzierung zum Vorwand für Sparmaßnahmen auf Kosten der Lehrkräfte und Schüler*innen verwendet.

Berufliche Orientierung in der Oberstufe

Die GEW begrüßt die Stärkung der Berufs- und Studienorientierung. Allerdings bleiben inhaltliche Ziele (Fachanforderungen?), Leistungsnachweise/Notengebung, Fachschaftsstatus, Anforderungen an die Unterrichtenden usw. unklar. Damit ist die Implementierung dieses neuen sog. Seminars weitgehend der einzelnen Schule überlassen. Wir fordern auch an dieser Stelle die Unterstützung mittels Planstellen.

Arbeitsbelastung von Lehrkräften durch zusätzliche Aufgaben

Ebenso einzufordern ist die Unterstützung mittels Planstellen auch für die Installation des Profilseminars bzw. des gesamten neuen Profilumfeldes (Fächerkombinationen, interdisziplinäres Arbeiten, usw.).

Bisher gar nicht bedacht wurden Maßnahmen, die seit Jahren die **extrem ungleich verteilten Arbeitsbelastungen der Lehrkräfte während der Abiturprüfungen und im Rahmen der Korrektur von Klausuren** betreffen. Während in einigen wenigen Fächern Jahr für Jahr zahlreiche Prüfungen durchgeführt werden müssen, können andere Fächer so gut wie gar nicht mehr als Abiturprüfungsfach angewählt werden. Das zieht einerseits eine sehr unrunde Arbeitsverteilung innerhalb des Kollegiums, andererseits eine eingeschränkte Wahlfreiheit der Schüler*innen nach sich. **Hier muss es endlich wieder zu einer Entlastung der Lehrkräfte und zu größerer Wahlfreiheit für die Schüler*innen kommen! Dass die Schüler*innen nun auch das 3. „Kernfach“ als mündliches Prüfungsfach wählen können, bewirkt in dieser Hinsicht keine Verbesserung, im Gegenteil.** In den Fachkollegien der „Kernfächer“ wird es unter den Lehrkräften eines Jahrgangs zu einer extremen Häufung der Prüfungen bei denjenigen Lehrkräften kommen, die die 5-stündigen Kurse unterrichten, ohne dass bedacht wurde, wie sich diese Korrekturlast in der zur Verfügung stehenden Zeit neben dem Unterrichtsalltag bewältigen lassen soll.

Umsetzung der neuen OAPVO gut vorbereitet starten

Für die Vorbereitung aller Neuerungen der Profileroberstufe scheint der zeitliche Rahmen für die Umsetzung insgesamt äußerst knapp bemessen. Lehrkräfte sollten in Fortbildungen, die erst noch konzipiert werden müssen, umfangreich fortgebildet werden, beispielsweise in Hinblick auf den Unterricht in etwaigen Zwei-Wege-Kursen oder im Profilsseminar. Impulse aus den Fortbildungen sollten auch in die Erstellung neuer Curricula einfließen können. Aus den genannten Gründen erscheint es geboten, einen gut **durchdachten Terminplan für die Umsetzung der OAPVO** zu entwickeln.

*Auswirkungen auf den Stundenplan – schlechtere Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und Schüler*innen*

Wir sehen als Folge der Verordnung in der Kursoberstufe die **Gefahr einer weiteren Fragmentierung von Stundenplänen**, insbesondere in kleinen Oberstufen und Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe. Dem muss durch geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden. Die Umsetzung des Teilzeiterlasses wird sonst immer schwieriger. Wir fordern daher, dass die neue OAPVO nicht zu einer höheren Belastung der Teilzeitkräfte führt und dass Vorkehrungen getroffen werden, um das zu verhindern.

Schulen nicht mit Ausgestaltung der Oberstufe allein lassen

Insgesamt halten wir es für organisatorisch schwierig und äußerst arbeitsaufwändig, viele Entscheidungen den Schulen zu überlassen. **Schwammige Vorgaben ziehen wieder einmal jahrelanges Tüfteln und Optimieren in Trial-and-Error-Prozessen nach sich und belasten Schüler*innen und Lehrkräfte,** die an den Gymnasien zeitgleich noch mit der Umstellung auf G9 befasst sind. Lernerfolge, Motivation sowie Arbeitskraft drohen durch die strukturellen Unruhen auf der Strecke zu bleiben. Alle Veränderungen müssen deshalb vom Ordnungsgeber gründlich vorbereitet und detailliert durchdacht werden. Um die umfangreichen schulinternen Planungsprozesse zu ermöglichen, müssen an allen Schulformen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe, Ressourcen in Form von Arbeitsstunden und Stellen geschaffen werden und die Umstellung durch qualitativ hochwertige und flächendeckende Fortbildungsveranstaltungen und präzisere Zielformulierungen (z.B. Fachanforderungen auf gA) flankiert werden, ohne dass dies zulasten anderer Arbeitsprozesse an den Schulen geht. Zu oft mussten Kollegien in der Vergangenheit wenig durchdachte Vorschriften, schulisch im „Hau-Ruck-Verfahren“ anpassen. Das Resultat ist eine zusätzlich entstehende Mehrbelastung - auch in Folge notwendiger Fehlerbereinigung. Ein den Schulen gewährter Handlungsspielraum darf nicht dazu führen, dass Kolleg*innen, wie in der Vergangenheit, mit erheblichem Aufwand Konzepte produzieren, die anschließend nicht zum Tragen kommen.